



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 14.05.2024
– Auszug aus Drucksache 19/2214 –**

**Frage Nummer 8
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter
**Stefan
Löw**
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass laut Presseberichten die USA und andere Staaten ihre Bürger vor einer erhöhten Anschlagsgefahr in Deutschland warnen und zu besonderer Vorsicht mahnen, frage ich die Staatsregierung, ob sie die Einschätzung des US-Außenministeriums, dass in Deutschland und damit auch in Bayern eine erhöhte Gefahr von Terroranschlägen herrscht, teilt, welche Begründung gibt es für die derzeitige Einschätzung der Sicherheitslage durch die Staatsregierung (bitte den religiösen bzw. politischen Hintergrund der Anschlagsgefahren sowie die Organisationen angeben, von denen aktuell eine erhöhte Terrorgefahr ausgeht) und mit welchen kurzfristigen und mittelfristigen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung in- und ausländische Bürger in Bayern vor Terrorgefahren zu schützen?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Grundsätzlich ist nach Einschätzung des Landeskriminalamts (BLKA) von einer unverändert hohen abstrakten Gefährdungslage durch Gruppierungen oder Anhänger jihadistischer bzw. terroristischer Organisationen, wie insbesondere des „Islamischen Staates“ oder „al-Qaida“, auszugehen.

Konkrete Gefährdungshinweise aus dem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität – religiöse Ideologie liegen für Bayern derzeit nicht vor.

Das Gefährdungspotenzial des islamistischen Terrorismus wird nicht zuletzt durch den am 22.03.2024 in Moskau durchgeführten Anschlag, zu welchem sich der „Islamische Staat Provinz Khorasan (ISPK)“ bekannte, verdeutlicht.

Darüber hinaus kann sich auch eine weitere Eskalation des Nahost-Konflikts und insbesondere die weitere Entwicklung der humanitären Lage im Gaza-Streifen emotionalisierend auf potenzielle Einzeltäter auswirken.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden stehen seit jeher im Rahmen einer allumfassenden Bekämpfungsstrategie des islamistischen Terrorismus im engen Austausch mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder und gehen konsequent und niederschwellig unter Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen und taktisch gebotenen präventiven wie repressiven Maßnahmen den gegebenenfalls vorliegenden Hinweisen nach.

